

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Anhörung: Rohstoffstrategien der Bundesregierung und der Europäischen Union und ihre entwicklungspolitischen Implikationen

Mittwoch, 8. Juni 2011, 11 bis 13 Uhr

A. Problembeschreibung

Im November 2008 hatte die EU-Kommission die Mitteilung „Rohstoffinitiative“ (KOM(2008)699) veröffentlicht. Daran anknüpfend, legte die Kommission am 2. Februar 2011 die künftige Ausrichtung der EU-Rohstoffstrategie in der Mitteilung KOM(2011)25 dar. Darin werden die Herausforderungen auf den drei Feldern: Zugang auf dem Weltmarkt, nachhaltige Versorgung aus europäischen Quellen und Ressourceneffizienz beschrieben.

Parallel zur Entwicklung der europäischen Strategie wurde seit 2007 die Rohstoffstrategie der Bundesregierung in engem Dialog mit der Wirtschaft erarbeitet. Die Bundesregierung formuliert in ihrer im Oktober 2010 veröffentlichten Rohstoffstrategie (BT-Drs. 17/3399) ihre Sorge um die Verengung des Zugangs der deutschen Industrie zu wichtigen Rohstoffen und als Ziel: „ein möglichst unbeschränkter, fairer Handel mit Rohstoffen“. Die Bundesregierung versteht ihre Rohstoffstrategie in diesem Sinne als „Beitrag zu einer nachhaltigen, international wettbewerbsfähigen Rohstoffversorgung der deutschen Industrie“.

Der **Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** ist vor allem an den entwicklungspolitischen Implikationen der Rohstoffstrategien von Bundesregierung und EU interessiert, die sich im Zusammenhang mit der Handels- und Investitionspolitik sowie aus den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Rohstoffpartnerschaften ergeben, in denen, wie es die Rohstoffstrategie formuliert, „außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Zielsetzungen eng miteinander verzahnt“ werden sollen.

Für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern werden in den Rohstoffstrategien von EU und Bundesregierung folgende Ziele formuliert: Korruptionsbekämpfung und Transparenz (Unterstützung für EITI, Zertifizierungsinstrumente etc.), Good Governance, Infrastrukturaufbau und ökonomische Diversifizierung. Kritisch wird auf handelspolitische Maßnahmen von rohstoffexportierenden Ländern verwiesen. Dabei werden immer wieder China und Indien angesprochen. Insbesondere in China, aber auch in weiteren Schwellen- und Entwicklungsländern, lagern bedeutende Vorkommen an den von der EU identifizierten 14 „kritischen Rohstoffen“.

Die EU will bilateral im Rahmen von Freihandels-, Assoziierungs- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sowie multilateral auf der Ebene der Welthandelsorganisation den Abbau von Exportbeschränkungen (Exportzölle, Quoten etc.) durchsetzen. Die Bundesregierung setzt sich innerhalb der EU dafür ein, die Forderung nach Abbau von Exportbeschränkungen mit der Reform der APS-Verordnung zu verknüpfen. Die von EU und Bundesregierung angestrebte Schaffung eines „investitionsfreundlichen Klimas“ zielt auf den Ausbau des Investitionsschutzes für ADI aus der EU im Rahmen von bi-regionalen Abkommen und den Abbau von Steuerungsmöglichkeiten der Zielländer.

In den Verhandlungen mit den afrikanischen Staatengruppen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gehören die Fragen der Exportbeschränkungen und der Investitionspolitik zu den umstrittensten Punkten, denn die Partnerregierungen im Süden messen diesen Instrumenten eine hohe entwicklungspolitische Bedeutung zu.

Dies verdeutlicht den Interessenskonflikt „Zugang der Industrieländer zu Rohstoffen“ vs. „Regulierung der Exporte und Investitionen durch die Länder im Süden zur Förderung ihrer einheimischen Industrie“.

B: Übergeordnete Fragestellung:

- 1) Was bedeuten die Rohstoffstrategien für die Entwicklungszusammenarbeit von EU und Deutschland?
- 2) Welche Konsequenzen haben die Umsetzungen der Rohstoffstrategien von EU und Deutschland für die Länder des Südens?
- 3) Wie kann eine entwicklungsförderliche Rohstoffpolitik aussehen?

C: Ablauf (insgesamt 2 Stunden)

1. Runde: Ausgangslage und Szenarien, Ziele und Strategien (1 Stunde)

Sachverständige:

- NN, BDI
- Gwenole Cozigou, EU-Kommission
- Jörg Mayer, UNCTAD

Ablauf:

- a. Eingangsstatement der Sachverständigen, je 5 Minuten
- b. Fragen der Abgeordneten, 3 Minuten pro Fraktion
- c. Antworten der Sachverständigen

Leitfragen:

- Welche Zukunftsszenarien bis 2050 bzgl. des Zugangs der deutschen und europäischen Industrie zu Rohstoffen skizzieren der BDI und die EU-Kommission? Mit welchen Strategien reagieren sie darauf?
- Wie bewerten BDI und UNCTAD die Rohstoffstrategien Deutschlands und der Europäischen Union?
- Welche Strategien verfolgen Sie (an alle Sachverständigen), um Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen, Konfliktverschärfungen im Zusammenhang mit Rohstoffförderung zu beenden und zukünftig zu verhindern?

2. Runde: Auswirkungen der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik in den Ländern des Südens (1 Stunde)

Sachverständige

- Nohoum Keita, Association des ressortissants et amis de la commune de Falea/Mali
- Heidi Feldt, Beraterin umwelt- und entwicklungspolitischer Prozesse
- Carsten Schmitz-Hoffmann, GIZ

Ablauf:

- d. Eingangsstatement der Sachverständigen, je 5 Minuten
- e. Fragen der Abgeordneten, 3 Minuten pro Fraktion
- f. Antworten der Sachverständigen

Leitfragen:

Wie bewerten Sie die Rohstoffstrategie Deutschlands und der Europäischen Union, auch mit Hinblick auf die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit?

Welche Auswirkungen erwarten Sie vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen für die Rohstoffländer des Südens durch diese Strategien, vor allem für die Bevölkerung?

Welche alternativen Vorstellungen in der Rohstoffförderung etc. haben Sie aus der Sicht des Südens? Gibt es funktionierende Beispiele aus Entwicklungsländern? Sind EITI und *publish what you pay* ausreichend, um grundsätzlich etwas zu verbessern?